

Langenthaler Tagblatt Bern

Frust und Sorge breiten sich aus

Spitalpersonal Über 5000 Angestellte fordern bessere Arbeitsbedingungen

Bruno utz

Das Rumoren beim Spitalpersonal hält an: In einem offenen Brief fordern mehr als 5000 Spitalangestellte gleiche Lohnbedingungen wie für das Staatspersonal. Und in Langenthal gingen angestellte Ärzte auf die Strasse.

Die neue, ab 2012 auf Fallpauschalen basierende Spitalfinanzierung löst beim Spitalpersonal Ängste und Ärger aus. Mehr als 5000 Spitalangestellte unterschrieben denn auch einen offenen Brief an den Gesamtregierungsrat. Sie fordern den Regierungsrat zum Handeln auf: «Wir ersuchen Sie, dafür zu sorgen, dass dem Spitalpersonal die gleichen Lohnrunden und Arbeitsbedingungen gewährt werden wie dem Kantonspersonal und der Lehrerschaft.»

Die Staatsangestellten hätten dieses Jahr 0,3 Prozent Teuerung und 0,7 Prozent individuelle Gehaltsaufschläge erhalten. «Weil der Regierungsrat den Spitälern fürs 2010 den Basistarif (Base Rate) um drei Prozent kürzte, reichte es fürs Spitalpersonal gerade noch für den Teuerungsausgleich», sagt Bettina Dauwalder, Gewerkschaftssekretärin VPOD. Jetzt überlege sich der Regierungsrat eine erneute Anpassung der Base Rate nach unten. «Es zeichnen sich erneut keine individuellen Lohnanpassungen ab», sagt Dauwalder. Pflegerinnen und Pfleger, Ärzte, Küchenangestellte und Unterhaltspersonal, alle seien total frustriert. Weil die Spitäler immer stärker sparen müssten, steige auch die Angst, die Stelle zu verlieren. «Dabei stehen die Pflegenden schon jetzt unter einem enormen Leistungsdruck», sagt Barbara Dätwyler, Präsidentin vom Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und -männer (SBK). Viele Pflegende litten unter einem Burn-out.

Kanton muss Sozialpläne finanzieren

Mit den Fallpauschalen werde die Aufenthaltsdauer der Patienten im Spital erneut kürzer. «Die Verschiebung der Pflege vom Akutspital zur Spitex bereitet uns grosse Sorge», so Dätwyler. Für die Patientinnen und Patienten sei entscheidend, dass auch dort genügend gut ausgebildetes Fachpersonal zur Verfügung stehe. Im Brief an den Gesamtregierungsrat rufen die Unterzeichner auch nach flankierenden Massnahmen bei den anstehenden Spitalschliessungen. «Der Kanton als Eigner der öffentlichen Spitäler muss Sozialpläne finanzieren. So stehe es im Spitalversorgungsgesetz», betont Bettina Dauwalder.

Details zu Niederbipp im November

Auf Anfrage sagt der Verwaltungsratspräsident der Spital SRO AG, Dieter Widmer, er habe gehört, dass per 2011 die Base Rate erneut zwischen drei bis fünf Prozent gesenkt werden solle. «Bei gleichen Leistungen werden wir deshalb einen tieferen Ertrag haben. Wir müssen versuchen, mehr Patienten zu behandeln, um die Ertragsausfälle aufzufangen.» Es sei so, dass die Schliessung des Akutspitals Niederbipp zu Einsparungen führe. «Über Details werden wir erst im November informieren», weicht Widmer der Frage aus, wie viele Mitarbeitende davon betroffen sein werden. Bezüglich der Lohnanpassungen sei noch nichts entschieden. Widmer: «Wir werden versuchen, einen korrekten und fairen Entscheid zu fällen.»

Den offenen Brief haben auch zahlreiche Assistenz- und Oberärzte unterschrieben. Und gestern gingen einige von ihnen in der Langenthaler Marktgasse auf die Strasse. An einem Stand informierten sie über die «unhaltbaren Arbeitsbedingungen», wie Rosmarie Glauser vom Verband Schweizerischer Assistenz- und Oberärzte (VSAO) sagt: «Wenn andere Gesetze so lausig eingehalten würden, dann hätte die Schweiz Probleme.»

Spitalärzte als Bittsteller

Gemäss Gesetz dürfte die Arbeitszeit der Assistenz- und Oberärzte 50 Stunden pro Woche nicht übersteigen.

Diese Vorgabe sei jedoch an vielen Spitälern noch nicht umgesetzt, sagt Rosmarie Glauser (vergleiche Hauptartikel). Auf ihrer Tour durch den Kanton machten gestern betroffene Ärzte Halt in Langenthal. In der Marktgasse gabs neben Popcorn vor allem Infos. «Unsere Petition <Bessere Arbeitsbedingungen – bessere Qualität> kommt bei den Leuten gut an», kommentierte am Abend VSAO-Präsident Christoph Bosshard. «Ich finde das Anliegen gut und berechtigt und verstehe, dass die Ärzte auf die Strasse gehen», sagte Ella Weiss aus Bettenhausen. Sie gehörte selbstverständlich zu jenen, die unterschrieben. (uz)